

BÄK setzt Impulse im Kampf gegen Cyberangriffe

In den vergangenen Jahren ist das Thema Cyberangriffe auf Gesundheitseinrichtungen verstärkt in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt. Einige internationale Ärzteverbände berichteten von Erpressungsversuchen durch Kriminelle, die sich durch Cyber-Angriffe Zugang zu Informationen verschafft hatten. Der Deutsche Ärztetag hatte bereits im Jahr 2015 auf die Problematik hingewiesen und eine Auseinandersetzung mit dem Thema auf internationaler Ebene gefordert. Die Bundesärztekammer erarbeitete daraufhin Vorschläge und brachte diese in internationale Gremien, wie in den Ständigen Ausschuss der Europäischen Ärzte (Comité Permanent des Médecins Européens – CPME) und den Weltärztebund (World Medical Association – WMA), ein. Auf dieser Grundlage haben der CPME im Oktober 2015 (1) und der WMA im Oktober 2016 Stellungnahmen zu diesem Thema verabschiedet (2).

Ärzte als Hüter der Patientendaten

Beide Verbände verweisen in ihren Resolutionen darauf, dass moderne Informationstechnologien die Gesundheitsversorgung und die Arbeit von Ärztinnen und Ärzten immer stärker beeinflussen. Neben den vielen positiven Effekten entstünden gleichzeitig neue Herausforderungen und Risiken wie z. B. Cyber-Angriffe oder Datendiebstahl. Cyber-Angriffe bedrohten sensible Infrastruktureinrichtungen in den Bereichen Energie, Wasserversorgung, Telekommunikation, Transport, Ernährung und Gesundheit. Aus Sicht von CPME und WMA werden sie zu einer Gefahr für die Datensicherheit und damit für die Gesundheit der Patienten.

Die internationale Ärzteschaft fordert deshalb als Konsequenz, Cyber-Attacken auf Gesundheitssysteme und andere sensible Infrastruktureinrichtungen als grenzübergreifendes Problem zu erkennen. Diesem müssten sich Regierungen, Verantwortliche und Betreiber von Gesundheits- und anderen grundsätzli-

chen Infrastruktureinrichtungen gemeinsam mit Sicherheitsexperten stellen. Personen, die im Gesundheitsbereich arbeiten, müssten umfangreicher über mögliche Gefahren sowie zu Aspekten der Datensicherheit geschult werden. Ärzte müssten sich auch hier als „Hüter der Patientendaten“ verstehen. Da die finanziellen Ressourcen zur Durchführung von entsprechenden Maßnahmen oft nicht ausreichend seien, sollte die öffentliche Hand diese unterstützend zur Verfügung stellen. ■



Foto: Pixabay



(1) www.baek.de/TB16/Cyber1

(2) www.baek.de/TB16/Cyber2